No. 185. — 56. Jahrgang.

Sonntag, 19. April 1908

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.60, vierteljährlich M. 1.80 einschl. 16seitigen Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Gneisenaustr. 20, Lützowstr. 2, Dr. Frankfurterstr. 25 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Alexanderstraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schützenstraße 27 (am Hedding-Platz), Königstr. 56/57, Rathenowerstraße 3, Potsdamerstraße 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 105, Wittenbergerstraße 6, Kirchhof, Prinz Handjerystraße 33/34 u. Bernauerstr. 73, Schönberg, Bergstr. 8, Charlottenbg., Knesebeckstr. 34, Pankow, Breitestr. 15b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Des Osterfestes wegen erscheint die nächste Nummer der „Berliner Volks-Zeitung" Dienstag, 21. April, abends.

Ostern.

„Jedem aufmerksamen Leser der Evangelien fällt es in die Augen, daß ihre Erzählungen von den Ostererlebnissen der Jünger so widerspruchsvoll sind, daß sich keine bestimmte und klare Vorstellung daraus gewinnen läßt. Unvollziehbar ist die Vorstellung von dem Leibe des Auferstandenen, der bald ganz materiell, wie ein irdischer Leib, sich betasten läßt und essen kann, bald wieder überirdischer Art zu sein scheint, da er durch verschlossene Türen geht, plötzlich erscheint und verschwindet und zum Himmel aufgehoben wird. Ebenso widersprechen sich die Evangelisten hinsichtlich des Ortes der Erscheinung. . ."

Diese Worte mit ihren tatsächlichen Feststellungen finden wir nicht etwa in der Schrift irgend eines „kirchenfeindlichen" oder „ungläubigen" Autors. Sie begegnen uns vielmehr in dem durchaus christentumsfreundlichen Werke des bekannten und gefeierten Berliner Theologieprofessors Pfleiderer: „Die Entstehung des Christentums", in dem der glänzend durchgeführte Versuch gemacht wird, an die Geschichte des Christentums denselben wissenschaftlichen Maßstab zu legen, der allen anderen historischen Forschungen erst die Weihe gibt. Natürlich muß ein gewissenhafter und wahrheitsliebender Forscher dabei gänzlich absehen von alledem, was die dogmatisch beeinflußte, also einseitig voreingenommene theologische Literatur an geschichtlichen Betrachtungen und frommen, aber beweislosen und unbeweisbaren Behauptungen aufgestellt hat. Daß bei diesem streng wissenschaftlichen Verfahren als unhaltbar alles ausscheidet, was in das Gebiet des Wunders fällt, das versteht sich von selbst.

„Wir aber lassen uns," sagt Pfleiderer in demselben Werke, „durch diese reaktionäre Romantik (der Buchstaben- und Wundergläubigen) nicht beirren, sondern bleiben dabei, daß die Entstehung des Christentums sich nur dann wirklich geschichtlich verstehen läßt, wenn nicht mehr das Dogma die Geschichte beherrscht. . ."

Demgemäß erklärt denn auch Pfleiderer in ebenso feinsinniger wie überzeugender Weise, wie die Erzählungen von dem Wunder der Auferstehung aus der Stimmung der Anhänger Jesu entstanden sind: es war das fromme Bedürfnis nach einer Uebertrumpfung der alttestamentarischen Wundergeschichten von dem mythischen Tode des Moses und der Himmelfahrt des Elias; es war der unbezähmbare Drang religiös erregter Seelen nach phantastischer Ausmalung frommer Gedanken, was, wie es Pfleiderer treffend ausdrückt, zu einer „Nachbildung der alten durch neue Legenden" führte.

Es handelte sich, um abermals mit Pfleiderers Worten zu reden, um „Sagen, von der dichtenden Phantasie und von der apologetischen Reflexion geschaffen, ohne Zusammenhang und ohne Einklang untereinander."

Wir wissen, welche Bedeutung dem dogmatisch behaupteten Wunder der Auferstehung von der wissenschaftlich unbeeinflußten, wissenschaftlich unbelehrbaren Orthodoxie heute noch beigemessen wird. Die Anhänger dieser allerdings immer weiter zurückgedrängten Richtung möchten am liebsten jeden steinigen, der sich in bezug auf die Wunder die mit den Ergebnissen der Naturwissenschaften übereinstimmende Ansicht gebildet hat, daß es niemals eine willkürliche Durchbrechung der Naturgesetze gegeben hat, niemals eine solche Durchbrechung gegeben haben kann, und niemals eine solche in Zukunft geben wird.

Daß eine solche Anschauung geradezu eine Vertiefung religiöser Empfindungen bedeutet, da sie den ethischen Kern aller Religionen von etwas mit der menschlichen Vernunft nicht Vereinbarem loslöst, ihn von einer seinen wahren ethischen Wert beeinträchtigenden Umschachtelung befreit, das zu begreifen, dazu versteht sich allerdings die bewußte Unlust unserer Orthodoxen nicht, von den wissenschaftlichen Ergebnissen der modernen Geschichtsauffassung ihren dogmatisch beengten Gesichtskreis erweitern zu lassen. Solchen in mittelalterlich-scholastischer Einseitigkeit befangenen Leuten predigt selbst ein so maßvoller Mann wie Pfleiderer vergebens das Unhaltbare alles Wunderglaubens.

Unterdes wächst die Zahl der Millionen von Menschen andauernd, die das Osterfest auf ihre, von der orthodoxen Buchstabengläubigkeit um eine ganze Weltenweite entfernte Art feiern.

Die Gesetzmäßigkeit des Naturwaltens schafft aus dem Winter den Frühling. Das organische Leben erwacht nach einer Periode der äußeren Ruhe und des inneren Kräftesammelns; es regt sich mit erneuter Kraft. .

Und so wie in der Natur vollzieht sich der Wandel auch im Völkerleben. Auch hier gibt es eine Auferstehung, die zum lebendigsten Leben führt. Gäbe es für das Menschengeschlecht nicht das Bewußtsein, daß auch im Leben der Nationen der Satz gilt: „Es muß doch Frühling werden", woher nähme der Mensch den Willen und die Kraft und den Mut, an seiner eigenen Zukunft zu arbeiten, damit sich für ihn eine Auferstehung aus den Fesseln geistiger, wirtschaftlicher, politischer Unfreiheit vorbereite?

Der Vertretertag der katholischen Arbeitervereine

des Bezirks Düsseldorf nahm, wie uns von dort geschrieben wird, eine Entschließung an, die die Einführung des für den Reichstag geltenden allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen für unbedingt notwendig erachtet. Es sei dringend erforderlich, daß das Zentrum mit aller Entschiedenheit zu dieser Frage Stellung nehme und die Wünsche der Wähler klar und deutlich zum Ausdruck bringe. — Das Zentrum spielt in der preußischen Wahlrechtsfrage eine beinahe zweideutige Rolle. Jedenfalls tut es nichts, um die Frage zum Austrag bringen zu helfen.

Nicht unversöhnlich.

In der Angelegenheit des Flottenvereins wird aus München gemeldet:

Prinz Rupprecht von Bayern hat dem bayerischen Flottenverein angezeigt, daß er im Falle der Nichtwiederwahl des alten Präsidiums in Danzig bereit sei, das Protektorat wieder zu übernehmen.

Der Entwurf eines Automobilhaftpflichtgesetzes

ist dem Bundesrat zugegangen. Der Entwurf bestimmt in der Hauptsache, daß derjenige, der ein Automobil hält (Besitzer, Mieter usw.) für den durch das Automobil entstandenen Schaden aufzukommen hat, wenn er nicht nachzuweisen imstande ist, daß der Unfall auf einen Zufall oder auf fremde Schuld zurückzuführen ist. Als Zufall soll auch gelten eine unvorherzusehende Störung im Betriebe der Maschine. Die Automobilführer haben sich einer Prüfung zu unterwerfen, durch die sie die Berechtigung zum Fahren erhalten. Unberechtigtes Fahren wird mit Geld- und Gefängnisstrafe bedroht. Der Bundesrat trifft Bestimmungen über das zulässige Höchstmaß in Fahrgeschwindigkeit auf den verschiedenen Straßen (städtische Straßen, Landstraßen usw.).

Neue Doktoren.

Wie gemeldet wird, besteht auch in Preußen nunmehr die Absicht — gleichwie dies in Sachsen der Fall ist —, die Promotion zum tierärztlichen Doktor zu genehmigen. Auch der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin soll das Promotionsrecht verliehen werden. — Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen. Dr. agr. klingt auch gar zu schön.

Der Verband der Baugeschäfte

von Berlin und Vororten schreibt uns mit Bezug auf die Verhandlungen, die der Verband kürzlich mit den Organisationen der Maurer und Bauhilfsarbeiter geführt hat: Ein zweites Angebot der Arbeitgeber, die Löhne im ersten Vertragsjahr auf 72½ Pfennig, im zweiten Vertragsjahr auf 73½ Pfennig festzusetzen, habe angeblich nicht die Zustimmung der Arbeitervertreter gefunden. Es sei aber ein sogenanntes zweites Angebot tatsächlich nicht erfolgt. „Die Arbeitgebervertreter haben während des ganzen Verlaufes der Verhandlungen ein solches Angebot nicht gemacht, sondern von den Arbeitervertretern zunächst eine Erklärung darüber gewünscht, daß sie von ihrem Antrage Abstand nehmen, die Lohnhöhe gemäß des im vorigen Jahre gefällten Schiedsspruches des Berliner Einigungsamtes festzusetzen. Zu diesem Falle haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, bei ihren Auftraggebern für eine Erhöhung des jetzt gültigen Lohnsatzes von 65 Pfennig für die Stunde einzutreten."

Die Arbeiterversicherungsreform.

Die bereits vom Grafen Posadowsky angekündigte gesetzgeberische Aktion zwecks Umgestaltung und Zusammenfassung der sozialen Versicherungsgesetze wird jetzt im Reichsamt des Inneren ausgearbeitet. Ueber die Grundgedanken dieser Vorlage, die dem Reichstage im nächsten Winter zugehen soll, erfährt das „Berl. Tagebl.":

Die von vielen Seiten als das Wünschenswerteste angesehene Zusammenfassung der drei Versicherungszweige (der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung) scheint sich nach den auf den Konferenzen vertretenen Ansichten schwer erreichen zu lassen. Abgesehen von versicherungstechnischen Bedenken spricht der Umstand dagegen, daß die Versicherungsträger, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, sich im Laufe der Zeit zu großen Rechtssubjekten mit eigenen Vermögen herausgebildet haben, die man ohne Kränkung der wohlerworbenen Rechte derjenigen, die diese Vermögen aufgebracht haben, nicht wohl aufheben kann.

Im Deutschen Reiche gab es nach der letzten Statistik 23,000 Krankenkassen mit 11½ Millionen Versicherten. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1904 rund 265 Millionen Mark. Davon brachten zwei Drittel die Arbeitnehmer, ein Drittel die Arbeitgeber auf. Das Vermögen dieser Krankenkassen betrug 213 Millionen Mark.

In dem zweiten Versicherungszweige, der Unfallversicherung, gab es 60 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit zusammen 19 Millionen Versicherten, 168 Millionen Mark Einnahmen — die je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht wurden. Ihr Vermögen betrug 237 Millionen Mark. Die 31 Invaliditätsversicherungsanstalten hatten 13⅔ Millionen Versicherte. Ihre Einnahmen betrugen 238,5 Millionen Mark. Davon brachten 45 Millionen das Reich, den Rest Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen auf. Ihr Vermögen betrug 1200 Millionen Mark.

Es besteht nun die Absicht, eine Vereinheitlichung der Versicherung in zwei Punkten zu schaffen: Erstens will man eine Gleichstellung des Kreises der Versicherten herbeiführen. **Die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter müßten in die Krankenversicherung einbezogen** werden, so daß schließlich alle Versicherungspflichtigen gleichzeitig in allen drei Versicherungszweigen versichert sind.

Ferner soll für alle Versicherungsarten eine einheitliche behördliche Stelle geschaffen werden, an die sich sowohl das Publikum mit allen Anträgen in Versicherungsangelegenheiten wenden kann, und die auch das Zusammenarbeiten der verschiedenen Versicherungen gewährleistet. Heute ist es so, daß zum Beispiel jemand, der infolge eines Unfalles krank wird, sich lediglich an die Berufsgenossenschaft wenden kann, während sich die übrigen Versicherungszweige nicht um ihn kümmern.

Gleichzeitig erscheint es auch erwünscht, daß die **Festsetzung der Renten in erster Instanz**, die bisher von seiten des Versicherungsnehmers, also von einer Partei, erfolgt, in Zukunft von einer unparteiischen Stelle unter Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschieht. Gelingt es, einen gemeinsamen Unterbau für die drei Verwaltungen zu schaffen, so würde auch die Möglichkeit bestehen, daß man diesen Unterbau zu einem Spruchkollegium unter Beteiligung der Arbeitnehmer und -geber ausgestaltet und ihm die Festsetzung der Renten in erster Instanz überträgt.

Im Anschluß hieran würde dann durch eine zeitgemäße Umgestaltung des Instanzenzuges und des Rechtsmittelverfahrens die dringend notwendige **Entlastung des Reichsversicherungsamtes** herbeizuführen sein, das heute in dem Wust der Detailarbeit erstickt. Das Reichsversicherungsamt hätte sich dann in Zukunft (etwa analog dem Reichsgerichte) nur über Rechtsfragen und prinzipielle Angelegenheiten zu entscheiden.

Der Kaiser auf der „Toteninsel".

Wie aus dem Schlosse Achilleion auf der Insel Korfu berichtet wird, begab sich gestern nachmittag die kaiserliche Familie mit Gefolge auf Pinassen der „Hohenzollern" von der Bootslandungsstelle an Ufer des Schloßparkes an der Küste entlang zur kleinen Insel Pontikonisi bei Canone, der sogenannten Toteninsel.

Nach einer Meldung aus Athen begibt sich der griechische Ministerpräsident Theotokis zur Begrüßung des Deutschen Kaisers nach Korfu.

Die russische Kamarilla,

die sich nach dem Zusammenbruch des Systems des russischen Absolutismus im russisch-japanischen Kriege feige in den Winkel verkrochen hatte, wagt sich jetzt wieder mutig hervor. Wir haben bereits mehrere Beweise für ihre neue Wirksamkeit registrieren müssen. Wie aus Petersburg berichtet wird, stellt sich jetzt heraus, daß die Aufsehen erregende Begnadigung des Helden der Lidwal-Affäre, des früheren Ministergehilfen Gurko, ganz und gar auf Rechnung des Einflusses der Hofkamarilla zu setzen ist. Selbst in bureaukratischen Kreisen herrscht starke Erregung darüber, daß Gurko bereits seine Funktionen als Sekretär des Konseils der vereinigten Adelskorporationen Rußlands angetreten hat. Der Gedanke, Gurko zum Mitgliede des Reichsrates und zum Senator ernennen zu lassen, ist ursprünglich von der Hofkamarilla allen Ernstes erwogen und eifrig betrieben worden. Man hat ihn schließlich aus einem eigentümlichen Grunde fallen lassen; nicht etwa, weil man Gurko dieser hohen Auszeichnung für unwürdig hielt, sondern hauptsächlich, um den Mitgliedern der ersten Reichsratsdepartements, die die Untersuchung im Falle Gurko geführt hatten, eine peinliche Lage zu ersparen.

Die Karriere des wegen Unterschlagungen von einem Petersburger Gericht verurteilten und dann vom Zaren begnadigten Herrn Gurko ist keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Man wird ihn in einigen Jahren sicher an der Spitze eines Ministeriums oder an einer anderen hohen Stelle sehen.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Einer im Haag eingetroffenen amtlichen Meldung zufolge sind bei den Unruhen auf der Insel Bali (Niederländisch-Indien) auf seiten der Niederländer ein Offizier und neun Soldaten schwer verwundet worden.

Zum Parteitage der freisinnigen Vereinigung.

Frankfurt a. M., 18. April.

Der dritte ordentliche Vertretertag des Wahlvereins der Liberalen in Frankfurt a. M. verspricht einen außerordentlich interessanten Verlauf zu nehmen. Die Anmeldungsliste weist schon jetzt 235 Teilnehmer auf, darunter alle bekannteren Parlamentarier, Redner und Journalisten dieser Richtung des Liberalismus. In den zahlreichen Anträgen, die zur Tagesordnung vorliegen, kommen die verschiedenen Auffassungen der Mitglieder der freisinnigen Vereinigung über die Blockpolitik, das Reichsvereinsgesetz und die Reichsfinanzreform lebhaft zum Ausdruck. So tadelt der liberale Verein in Hamm das Zusammengehen mit dem Konservativen beim § 7 des Reichsvereinsgesetzes, und der sozialliberale Verein Berlin erklärt die Zustimmung zu § 7 für eine Verletzung der Grundlagen des Liberalismus.

Der Münchener nationalsoziale Verein verwirft nach wie vor das Reichsvereinsgesetz, spricht aber ausdrücklich den führenden Abgeordneten das Vertrauen aus. Der liberale Volksverein in Marburg erklärt die freisinnige Vereinigung, bei der kommenden Reichsfinanzreform jede Belastung der breiten Schichten durch neue indirekte Steuern abzulehnen, und der liberale Verein Hamm verlangt für die kommenden Landtagswahlen nur solche Kandidaten, die die Forderung der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen allen Rücksichten auf den Block und die Fraktionsgemeinschaft voranstellen. Die Königshütter Freisinnigen bitten zur Klärung in der Polenfrage um die Entwerfung fester Richtlinien für eine konsequente liberale Ostmarkenpolitik.

Von dem liberalen Beamtenausschuß werden Resolutionen vorgelegt, in denen die Verschiebung der Beamtenbesoldungsreform im Reiche und in Preußen lebhaft bedauert wird und die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Freiheit der Wahl der Beamten bei den kommenden öffentlichen Landtagswahlen keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Von den Resolutionen der Referenten ist am interessantesten die Resolution Dove und Mommsen zu dem Thema Börsengesetz und Reichsfinanzreform. Sie erklärt die Reichsfinanzreform für eine unbedingte Notwendigkeit und fordert zur Schaffung ausreichender Mehreinnahmen eine ausreichende Heranziehung der vermögenden Klassen im Wege der Einkommens-, Vermögens- oder einer verschärften Erbschaftssteuer, eine Erhöhung der Matrikularbeiträge, aber auch ge-